

Juni 2013



Interview: Die Quote reicht Monika Lazar nicht

Die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar von Bündnis 90/Die Grünen will mit ihrer Partei eine gesetzliche Frauenquote in den Betrieben durchsetzen. Die 45-jährige gelernte Bäckerin fordert eine Unternehmenskultur, mit der Frauen als Fachkräfte gewonnen und gehalten werden. Freiwillige Vereinbarungen zur Frauenquote hätten sich als wirkungslos erwiesen.



DHB: Sie sind die einzige gelernte Handwerkerin in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Lazar: Meine Eltern hatten von 1966 bis 2004 eine früher klassische kleine Bäckerei. So habe ich von klein auf mitbekommen, wie es in einem Familienbetrieb zugeht. Nach meinem Studium an der Handelshochschule Leipzig bin ich quasi als Quereinsteigerin 1990 im elterlichen Betrieb den Beruf der Bäckerin gelernt und später mit einem Aufbaustudium in Betriebswirtschaft ergänzt. Ich wuchs im Südraum Leipzig in der ehemaligen DDR auf. Mein Engagement begann, als ich dort die Umweltverschmutzung u.a. durch den Braunkohletagebau bewusst wahrnahm. Schnell wurde mir klar, dass man nur gemeinsam etwas verändern kann und ich wirkte in einer Umweltinitiative mit. Im Herbst 1989 nahm ich an den Montagsdemonstrationen in Leipzig teil. Anfang 1990 kam ich in Kontakt mit dem grünen Ortsverein in meiner Heimatstadt Markkleeberg und trat bei Bündnis 90/Die Grünen ein. Ich war ehrenamtlich auf kommunaler und Landesebene aktiv bis ich 2005 in den Bundestag einzog. Ich selbst sehe mich nicht als „Abgeordnete für das Handwerk“, sondern bin für alle Sächsinen und Sachsen im Bundestag. Meine politischen Schwerpunkte sind Demokratieförderung und Kampf gegen Rechtsextremismus, Frauenpolitik und Sozialpolitik. Gerade bei sozialen Themen fließen aber natürlich

auch meine Erfahrungen aus einem kleinen Handwerksbetrieb mit ein. Kontakt halte ich aber auch z.B. zur sächsischen und Leipziger Handwerkskammer, so dass auch daraus meine Statements in die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen einfließen.

DHB: Warum engagieren sich so wenige Handwerker in Ihrer Partei?

Lazar: Traditionell trauen die Menschen gute Wirtschaftspolitik eher den Konservativen zu. Das hängt möglicherweise damit zusammen, dass Bündnis 90/Die Grünen zu Beginn als reine „Ökopartei“ wahrgenommen wurden. Heute wissen alle, dass ökologische Ansätze neue Zukunftsbranchen für die Wirtschaft wie das Handwerk eröffnen und bereits viele Arbeitsplätze geschaffen haben. Und in den letzten Jahren konnte unsere Partei auch erkennen, dass wir zunehmend auch interessant für Handwerker werden, sowohl bei der Wählerklientel als auch in der Mitgliedschaft.



DHB: Rund 12,53 Prozent aller deutschen Beschäftigten arbeiten im Handwerk, im Parlament liegt ihr Anteil bei nur 4,03 Prozent. Ist das Handwerk im Bundestag unterrepräsentiert?

Lazar: Wenn man nur die Zahlen betrachtet, könnte man dies denken. Meiner Ansicht nach kommt es aber auch nicht vorrangig darauf an, welche Ausbildung Abgeordnete absolviert haben, sondern vielmehr, welche Interessen sie haben und wie sie die Gesellschaft gestalten wollen.

DHB: Sie setzen sich für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ein. Halten Sie eine Quote für sinnvoll, um den Frauenanteil in kleinen Handwerksbetrieben des Handwerks zu steigern?

Lazar: Ein Ziel unserer Politik ist es, Gleichberechtigung und paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen. Zur Erfüllung dieses Ziels hat sich die Quote als erfolgreichstes Instrument erwiesen. Doch die Quote allein funktioniert nicht. Es braucht eine Unternehmenskultur, die alle Mitarbeiter im Blick hat und auch schon vor Besetzung der Posten über die geschlechterspezifischen Muster im Betrieb nachdenkt. Unternehmen müssen hinterfragen, aus welchem Grund sich weniger Frauen auf die Stellen bewerben. Was wird dafür getan, Frauen als Fachkräfte zu gewinnen und zu halten? Was muss sich an der Unternehmenskultur verändern und was an den Rahmenbedingungen der Arbeitsplätze?

Wir wollen dies durch eine gesetzliche Regelung zur Gleichstellung zunächst in Großunternehmen mit 250 Beschäftigten und mehr vorantreiben. In einem zweiten Schritt sollen nach einem Einführungszeitraum von fünf Jahren die Erfahrungen geprüft werden und dann in geeignete Regelungen für kleine und mittelständische Betriebe einfließen.

DHB: Im Handwerk gelingt es oft gut, Familienfreundlichkeit unbürokratisch umzusetzen.

ZDH-Präsident Kentzler fordert die Politik auf, den Rahmen für freiwillige Vereinbarungen zu schaffen. Welche Maßnahmen halten Sie für sinnvoll?

Lazar: Freiwillige Vereinbarungen gibt es seit vielen Jahren. Sie haben sich in der Praxis jedoch als wirkungslos erwiesen. Eine tatsächliche Gleichstellung verlangt einen tiefgreifenden Umdenkprozess in den Unternehmen. Viele kleine Betriebe zeigen bereits heute, dass mit unbürokratischen Lösungen gerechte und familienfreundliche Arbeitsbedingungen möglich sind. Diese werden in ihrem Gestaltungswillen auch zukünftig nicht gestoppt. Die Auswahl, Konkretisierung und Ausgestaltung der Handlungsfelder soll den Unternehmen selbst überlassen bleiben. Die Unternehmen, die bislang jedoch noch tatenlos sind, würden durch ein Gesetz in die Pflicht genommen. Das fehlende Rückkehrrecht auf eine Vollzeittätigkeit macht die Inanspruchnahme von Teilzeit in der aktiven Familienphase für viele immer noch unattraktiv und letztlich auch zu einer risikobehafteten Entscheidung. Hier muss ein Rückkehranspruch auf einen adäquaten Vollzeitarbeitsplatz gesetzlich verankert werden. Damit wird die Teilzeit nicht länger zur Falle, und auch Väter werden motiviert, ihre Arbeitszeit zugunsten der Familie zeitweise zu verringern.

DHB: Das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung deckt immer noch nicht den Bedarf. Was muss getan werden?

Lazar: Ab dem 1. August 2013 gilt der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für unter Dreijährige, doch bis heute fehlen rund 220.000 Betreuungsangebote, Fachkräfte, Räume und mehr. Bündnis 90/Die Grünen fordern daher stärkere Investitionen in den Kita-Ausbau, insbesondere ein Sofortprogramm für Kommunen mit einem besonders hohen Bedarf an U3-Plätzen. Im Bundesgesetz muss klargestellt werden, dass es sich beim Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz um einen Ganztagsplatz handelt – für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Einschulung. Auch wenn wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern wollen, darf sich die Betreuungszeit nicht auf den Zeitraum von 8 bis 16 Uhr erschöpfen.

DHB: Sie setzen sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen jedes Einzelnen unabhängig vom sonstigen Einkommen ein. Wer soll berechtigt sein, das Geld zu beziehen und wie hoch soll der monatliche Betrag sein?

Lazar: Ich setze mich in meiner Partei für das Bedingungslose Grundeinkommen ein und gehöre dem Grünen Netzwerk Grundeinkommen an. Innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen gibt es verschiedene Konzepte und Ansätze zum Grundeinkommen. Im gerade beschlossenen Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 wird der Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme eine große Bedeutung eingeräumt. Es soll eine Enquetekommission eingerichtet werden, um die Diskussion über die grundlegenden Reformperspektiven in den sozialen Sicherungssystemen zu ermöglichen. Dabei sollen auch Modelle wie das bedingungslose Grundeinkommen in die Diskussion einbezogen werden. Nach meiner persönlichen Einschätzung führt an der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens kein Weg vorbei. Der Weg zu einem bedingungslosen Grundeinkommen kann verschieden aussehen. Denkbar ist, zunächst mit bestimmten Personengruppen zu beginnen. So wäre ein erster Schritt eine Kindergrundsicherung, eine Grundabsicherung für Studierende und Auszubildende und eine Garantierente. Ziel wäre perspektivisch für mich jedoch ein Grundeinkommen für alle, das existenzsichernd ist und ohne Bedingungen gezahlt wird.

DHB: Wie wollen Sie das finanzieren?

Lazar: Für die Höhe des monatlichen Betrages gibt es unterschiedliche Rechenmodelle. Die Größenordnung müsste sich um 800 Euro bewegen, für Kinder um 400 Euro. Für die Finanzierung gibt es innerhalb der Befürworterinnen und Befürworter des Grundeinkommens verschiedene Modelle. Zunächst wird ein gewisser Teil des Grundeinkommens dadurch finanziert, dass bisherige Sozialleistungen samt der Sozialverwaltung wegfallen würden. Darüber hinaus wollen einige Vertreter eine Finanzierung rein über Konsumsteuern, also in erster Linie über die Umsatzsteuer. Der zweite Weg ist die sogenannte „Negative Einkommenssteuer“. Hier wird alles Einkommen, das über das steuerfreie Grundeinkommen hinaus geht, mit einem einheitlichen Steuersatz besteuert, der in etwa dem jetzigen Spitzensteuersatz entsprechen müsste. Dies hat mehrere Vorteile: Zum einen werden auf diese Weise höhere Einkommen automatisch stärker zur Finanzierung herangezogen, während das Konzept für geringe und mittlere Einkommen durch das Grundeinkommen unterm Strich eine „negative Einkommenssteuer“ bedeutet. Zum anderen würde das Steuersystem radikal vereinfacht und transparenter gestaltet, die kalte Progression beseitigt, Steuerschlupflöcher gestopft und eine Gleichbehandlung aller Einkommensarten geschaffen. Konkrete Konzepte sind den Veröffentlichungen des Grünen Netzwerkes Grundeinkommen zu entnehmen.

 vh-buchshop.de
fürs Handwerk



Die Fragen stellten Ulrike Lotze und Lars Otten

Zur Person

Monika Lazar hat nach dem Studium der „Ökonomie des Binnenhandels“ in der elterlichen Bäckerei gearbeitet und dort auch eine Ausbildung zur Bäckerin gemacht. Anschließend qualifizierte sie sich zur Betriebswirtin weiter. Seit 2005 ist sie sächsische Spitzenkandidatin für Bündnis 90/Die Grünen und Direktkandidatin für den Bundestag im Wahlkreis Leipzig II. Die 45-Jährige ist Mitglied im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Lazar ist Sprecherin ihrer Bundestagsfraktion für Frauenpolitik und für Strategien gegen Rechtsextremismus. [Chefinnen dringend gesucht!](#)

[Mehr Zeit für Job und Familie](#)

[Generationenfreundlichkeit als neues Markenzeichen](#)

[Frauenanteil im Handwerk steigt rasant](#)